



Lehren der Nokia-Verlagerung: EU-Regionalpolitik muss Infrastruktur für den Mittelstand stärken

Markus Pieper MdEP, Stellvertretender regionalpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion

Der Fall Nokia führte es uns besonders drastisch vor Augen: Trotz staatlicher Millionen-subsidien lassen sich global agierende Unternehmen nicht dauerhaft an Standorte binden. Die Politik muss sich die Frage stellen, inwieweit das Instrument Betriebs-subsidien überhaupt Einfluss auf die Standortwahl hat und ob die knappen Ressourcen für regionale Wirtschaftsförderung nicht besser für die Aufwertung wirtschafts-naher Rahmenbedingungen einzusetzen sind.

Die Regionalpolitik verbindet mit der Betriebsförderung eine Wachstumserwartung für die geförderten Regionen. Hinzu kommt das Argument der Standortwerbung. Große Teile Europas werben mit dem Status Förderregion. Auch in Deutschland stellen die neuen Bundesländer und in abgeschwächter Form immer noch das Ruhrgebiet ihren Status als Förderregion heraus. Auch dafür setzen die jeweiligen Landesregierungen europäische Gelder ein. Das in vielen Förderregionen zu beobachtende Wirtschaftswachstum scheint dieser Förderstrategie Recht zu geben. So konnten etwa die EU-Beitrittsländer ihren Anteil an der durchschnittlichen europäischen Wirtschaftsleistung innerhalb von 8 Jahren von 44 % auf 52 % steigern. So weit, so gut. Strittig ist jedoch, in welchem Maße die europäische Strukturförderung wirklich dazu beigetragen hat. Kritiker der Regionalförderung führen an, dass die derzeitige Wachstumsentwicklung auch ohne den Einsatz europäischer Struktur Gelder stattfinden würde. Und gerade in westdeutschen Förderregionen seien die Mitnahmeeffekte der Betriebsförderungen offensichtlich.

Dabei scheint eine belastbare Erfolgskontrolle der Regionalförderung durchaus



Dr. Markus Pieper ist Mitglied im Landesvorstand der CDU NRW und Mitglied der MIT NRW

schwierig. Denn Kommission und Europaparlament müssen sich genau wie die evaluierende Wissenschaft entweder auf regionale Fallstudien, allgemeine Wirtschaftskennziffern oder das zusammengefasste Berichtswesen der Empfängerstaaten verlassen. Es fehlen differenzierte Untersuchungen, die die Wirkung einzelner strukturpolitischer Instrumente analysieren. Welchen Beitrag zum nationalen Wirtschaftswachstum etwa die europäischen Infrastrukturförderungen im Vergleich zu Betriebsförderungen oder sozialen Programmen leisten, bleibt im Dunkeln.

Selbst die Kontrolle sensibler politischer Themen, wie die Vermeidung subventionierter Betriebsverlagerungen innerhalb der EU, ist schwierig. Hier konnte die CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament in den aktuellen

Verordnungen immerhin eine Prüfpflicht ab 50 Millionen Euro Investitionssumme durchsetzen, was für Nokia auch greifen wird. Um den Einsatz europäischer Gelder noch präziser kontrollieren zu können, fordern Kommission und Europaparlament schon seit 2006 die so genannte „Endbegünstigten-transparenz“, also auch für kleinere Investitionsprojekte. Für wissenschaftliche Evaluierungen und Stichprobenauswertungen dürfte noch in diesem Jahr eine belastbare Datenbasis verfügbar sein. Diese Transparenz wird die kritische Debatte über die Instrumente der Regionalpolitik auf EU- und Länderebene verstärken. Dabei dürfte insbesondere die betriebliche Subventionierung auf den Prüfstand kommen. Zu Recht, denn aus Unternehmenssicht kann die einmalige betriebliche Förderung nicht entscheidend für die Standortwahl sein. Diese

+++ Termine +++ Termine +++

11.-12.04. 2008

u.a. mit Prof. Dr. Franz Walter
Klausurtagung des MIT Landesvorstandes und der Kreisvorsitzenden
Schloss Corvey bei Höxter

09.05.2008

u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel
„Nordrhein-Westfalen 2020: Wachstum durch kreative Ökonomie“
Zukunftskongress der CDU Nordrhein-Westfalen, Maritim Hotel Düsseldorf

23.05.2008

Ronald Pofalla MdB, CDU-Generalsekretär
„Soziale Marktwirtschaft – Erfolgsmodell für Deutschland“
Gemeinsame Veranstaltung von MIT Bezirk Niederrhein und EAK Kreis Kleve
Mercedes Nühlen, Ruhrorter Straße 10 in Moers

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Fortsetzung von Seite 1

Entscheidung fällt aufgrund der dauerhaft erwarteten Absatz- und Zulieferbeziehungen, der Flexibilität des Arbeitsmarktes, der Lohnkosten, der Verkehrsanbindung sowie der Rohstoff- und Energiekosten – und nicht wegen der einmaligen Bezuschussung einer Ansiedlungsentscheidung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen wird die Investitionsförderung deshalb keine wichtige Rolle in der betrieblichen Kostenkalkulation spielen können. Die regionale Wirtschaftsförderung steuert so keine Ansiedlungsentscheidungen - sie liefert den Mitnahmeeffekt und das Sahnehäubchen.

Auch für Nokia ist die in NRW erhaltene Subvention ein Bruchteil dessen, was die Verlagerung der Handysparte und der entsprechende Sozialplan kosten. Und ein Bruchteil dessen, was in Rumänien an zusätzlicher Ertragskraft entsteht. Die Politik weist der einmaligen Unternehmensförderung insofern eine viel zu große Bedeutung zu. Das heißt in der Konsequenz aber auch, dass auf die betriebliche Investitionsförderung nicht nur bei Verlagerungsförderungen, sondern insgesamt verzichtet werden kann. Weniger direkte Subventionierung hieße dann mehr verfügbares Geld für Investitionen in Infrastruktur, Qualifizierung und Forschung. Knappe Ressourcen würden so in eine dauerhafte Standortaufwertung investiert. Eine Aufwertung von Rahmenbedingungen, von der vor allem der Mittelstand in geförderten Regionen profitieren würde. Dies macht in NRW genauso Sinn wie in Osteuropa. ■

Personen/ Vorstände

MIT Haan wählte neu

Bei der Jahreshauptversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Haan haben die Mitglieder einen neuen Vorstand gewählt: Vorsitzender ist Udo Greff, der durch seine zwei stellvertretenden Vorsitzenden, Maria Schormann und Petra Brückner, in seiner Arbeit unterstützt wird. Zur Geschäftsführerin wurde Dagmar Kühn gewählt und zum Schatzmeister Matthias Ruffer. Als Beisitzer verstärkt unter anderem der Landtagsabgeordnete Harald Giebels den Vorstand.

MIT Kreis Düren

„Gut für Mitarbeiter und Mittelstand!“

Die Entgeltumwandlung bei Mitarbeitern im Mittelstand kann als ideales Finanzierungsinstrument ohne versicherungsbedingte Haftungsrisiken organisiert werden. Das war die Hauptthese von Heinz Weber, Unternehmensberater der unternehmensorientierten bAV-Beratung aus Altötting, bei einer Veranstaltung der MIT im Kreis Düren. Weber sieht auch bei der betrieblichen Altersversorgung die wirtschaftlichen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Mittelpunkt. Gegenüber Versicherungslösungen wird bei seinem Modell für beide Parteien ein erheblich höherer finanzieller Nutzen und mehr Sicherheit erzielt. „Herkömmliche Versorgungssysteme“, so Weber, „sind zudem extrem intransparent“. Stefan Deucher, aus der Privaten Akademie zur Förderung der be-

trieblichen Altersversorgung GmbH, trug arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierte Vorsorgemodelle vor, die den Unternehmen steuerliche Vorteile bringen. Neben Analyse, Konzeption und Implementierung neuer Versorgungswerke bis hin zur Betreuung und Leistungsabwicklung wurde das Spektrum dargestellt. Mit diesem Modell, so Kreisvorsitzender Rolf Delhougne, bleibt das Geld im Unternehmen und der Mittelstand hat ein neues Instrument, um hohe Lohnkosten zu reduzieren und Liquiditätsreserven zu bilden. Delhougne: „So kann die Finanzkraft des Unternehmens statt der des Versicherungs- und Bankgewerbes gestärkt werden. Ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard mit dem Motto: ‚Wohlstand für Alle‘.“



Heinz Weber und Stefan Deucher erläuterten dem Vorsitzenden der MIT Rolf Delhougne (links) sowie seinem Stellvertreter Bernd Ohlemeyer (rechts) dieses innovative Finanzierungsinstrument für mittelständische Unternehmen.

Personen/ Vorstände

Ehrenkrug der Kreishandwerkerschaft Aachen für Horst Zimmermann

Dem Vorsitzenden der MIT-Aachen, Horst Zimmermann (links) ist als Dank und Anerkennung für besondere Verdienste um das Aachener Handwerk der Ehrenkrug der Kreishandwerkerschaft verliehen worden. Die MIT NRW gratuliert ihrem Kreisvorsitzenden und Aachener Bezirksvorsitzenden ganz herzlich.



Schauerte besucht IT-Firmen auf der CeBIT

Hartmut Schauerte MdB, MIT-Landesvorsitzender und Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Technologie sowie Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung, nutzte seinen Rundgang auf der weltgrößten Computermesse CeBIT in Hannover dazu, sich über IT-Firmen aus NRW zu informieren. Dabei besuchte er den Messestand der Firma easyconcept und ließ sich vom Geschäftsführer Andreas Beul die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem deutschen Software-Riesen SAP erläutern. Ebenfalls Teil des Rundgangs war eine Stippvisite bei der seit über 50 Jahren im Geschäft

stehenden Firma für Informations- und Kommunikationssysteme F&G. Anschließend begutachtete er die Angebote der Firma ABAS automotive und informierte sich über die Produkte, die sich besonders der Abwicklung komplexer Zulieferketten und der Koordination logistischer Prozesse widmen. Schauerte betonte, dass gerade die flexiblen und innovativen Lösungskonzepte der mittelständischen Betriebe im Bereich der Logistik wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Behauptung der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb seien und damit Arbeitsplätze in den Regionen sicherten.



Von links: Ingo Kreisel, Geschäftsführer F+G Informations- und Kommunikationssysteme GmbH, Hartmut Schauerte und Helmut Fenske, Vertriebsleiter der Firma Competence Ware

MIT Willich

Frühzeitiges Aufräumen erleichtert Firmenübergabe

Je früher die Übergabe eines Unternehmens an einen Nachfolger geplant wird, desto einfacher lässt sie sich realisieren. Das fängt damit an, zu-

nächst „im eigenen Unternehmen aufzuräumen“, wie Ingrid Burghardt-Richter von der Anwaltskanzlei FPS Fritze Paul Seelig in Düsseldorf bei einer Regio-Veranstaltung der MIT der Städte Willich, Kempen und Tönisvorst im Schloss Neersen erläuterte. Die Fachanwältin für Handels- und Gesellschafts-

recht zeigte Fallen auf, die einen Übergang erheblich erschweren können. So

gibt es zum Beispiel Subventionen, die an die Person des Unternehmensinhabers gebunden sind, was bei einem Wechsel erhebliche Probleme auslösen kann. Dass Personengesellschaften bis zum Wirksamwerden der Erbschaftsteuerreform noch einige Vorteile nutzen können, hob Steuerberater Nelson Cremers von RWS Cremers & Partner Steuerberater in Brüggen hervor. So können im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge Vermögenswerte derzeit noch zum Buchwert übertragen werden. Mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts liegt solchen Transaktionen der Marktwert zugrunde. Auch die potenziellen Nachfolger müssen sich gut vorbereiten. Jochen Oberlack, der für die Volksbank Mönchengladbach eG die finanziellen Aspekte einer Übernahme beleuchtete, verwies darauf, dass es bei der Förderung nicht nur auf ausreichend Eigenkapital ankommt, sondern zu viel Eigenkapital auch hinderlich sein kann. Willichs Bürgermeister Josef Heyes und Willichs MIT-Vorsitzender Stefan Simmnacher wiesen darauf hin, dass es in der Region sehr viele Mittelständler gibt, die als Familienbetrieb geführt werden, es allerdings nur die wenigsten Familienbetriebe bis in die dritte Generation schaffen.



Bürgermeister Josef Heyes freute sich über einen voll besetzten Saal im Schloss Neersen zum Thema Unternehmensnachfolge

Daten/ Fakten

Kanzler-Direktwahl

Wenn man den Bundeskanzler direkt wählen könnte, für wen würden sie sich entscheiden?

62 % Angela Merkel

20 % Kurt Beck

16 % Keinen von beiden

Quelle: ARD-Deutschlandtrend/infratest dimap, März 2008

Aus dem Landesverband

juMIT bei der Eröffnung der NRW-Landesvertretung in Brüssel

„Die neue Landesvertretung liegt im Herzen des Europaviertels, nur einen Steinwurf entfernt vom Europäischen Parlament. Nordrhein-Westfalen rückt damit näher als bisher an Europa. Sie wird auch künftig die entscheidende Interessenvertretung NRW bei den Institutionen der Europäischen Union sein.“ Mit diesen Worten eröffnete Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers am 26. Februar 2008 die neuen Räumlichkeiten der NRW-Landesvertretung, bei der der MIT-Arbeitskreis „junger Mittelstand“ mit eingeladen war. Seit 1986 unterhält Nordrhein-Westfalen eine Vertretung in der europäischen Hauptstadt und war das erste große deutsche Flächenland, das ein Büro in Brüssel eröffnete. „Die Landesvertretung ist die wichtigste Schnittstelle unseres Landes mit den Institutionen in Brüssel. Sie trägt zu einer transparenten und sichtbaren Europapolitik des Landes Nordrhein-Westfalen bei. Durch die Arbeit der Landesvertretung tragen wir dazu bei, den Bürgerinnen und Bürger Europa verständlich zu machen“, erklärte Europami-

nister Andreas Krautscheid die Bedeutung der Landesvertretung. Der Arbeitskreis juMIT sieht in der Landesvertretung in Verbindung mit dem Europabüro des Deutschen Städtetages eine wichtige Anlaufstelle auch für die Wahrnehmung der lokalen und regionalen Interessen

gegenüber den europäischen Institutionen: „Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sollten diese Institutionen in Brüssel als ‚Türöffner‘ für ihre Anliegen in Anspruch nehmen und nutzen“, so Bruno Vinschen, Sprecher des Arbeitskreises.



Bruno Vinschen (4. von links) konnte dem Leiter der Landesvertretung, Hans Stein (3. von rechts) zum neuen und sehr ansehnlichen Domizil in Brüssel gratulieren.

MIT Mülheim

MIT besucht Familienunternehmen Elektro-Apparate Gothe&Co.

Gothe&Co. sorgt mit sicheren elektrotechnischen Verbindungen für problemlose Stromversorgung auch an schwierigen Orten und unter extremsten Bedingungen. Der „Gothe-Kasten“ ist seit Jahrzehnten ein Synonym für sicheren Umgang mit Elektrizität im Steinkohlebergbau, aber nur eines von rund 3000 Produkten, die weltweit von Gothe angeboten werden. Inhaberin Heike Gothe stellte bei dem Besuch der MIT ihr in dritter Generation familiengeführtes Unternehmen mit 50 Mitarbeitern vor. Der MIT-Vorsitzende Hans-Martin Schlebusch machte deutlich, dass familiengeführte Unternehmen eine Renaissance erleben und dass es für ihn und die MIT etwas Besonderes sei, ein Unternehmen zu besuchen, das von einer Frau geführt werde. Heike Gothe wies deutlich darauf

hin, dass gerade hochqualifizierter Nachwuchs aus dem technischen/ingenieurmäßigen Bereich für ihr Unternehmen von großer Wichtigkeit sei. Bei Ihrem Engagement im Unternehmerverband sei daher für sie

der „Übergang Schule-Beruf“ von erheblicher Bedeutung. Sie begrüßte es daher ausdrücklich, dass auch junge Leute aus den gewerblichen Berufskollegs in Mülheim und Düsseldorf bei dem Besuch dabei waren.



Heike Gothe und Hans-Martin Schlebusch (1. Reihe Mitte) freuen sich über den großen Zuspruch beim Betriebsbesuch



MIT Lohmar

Neujahrsempfang von CDU und MIT mit Wolfgang Bosbach MdB

Der Plenarsaal des Lohmarer Rathauses war sehr gut gefüllt, als der Vorsitzende der MIT Lohmar, Heinz-Rüdiger Ramme, neben zahlreichen Vertretern aus Verwaltung, Rat, Vereinen, Wirtschaft auch politische Prominenz begrüßen konnte. Dazu zählten NRW-Europaminister Andreas Krautscheid, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB sowie die Landtagsabgeordneten Michael Solf und der Grünen-Abgeordnete Horst Becker. Nach dem gastgebenden CDU-Vorsitzenden Horst Krybus kam der Ehrengast des Empfanges, der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Bosbach zu Wort. Bosbach sprach über das schwindende Vertrauen in die Politiker sowie über die heißen Themen Jugendkriminalität und Arbeitslosigkeit. Lang anhaltender Beifall bewies, dass er den Gästen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Da auch dieser Empfang wieder ein großer Erfolg war, wird er 2009 zum vierten Mal

gemeinsam von der CDU und der MIT Lohmar durchgeführt.



Prominente Gäste waren unter anderem Wolfgang Bosbach und Michael Krautscheid (Mitte)

Das marktwirtschaftliche Erbe Ludwig Erhards bewahren und anwenden!

Resolution des MIT Bezirksverbandes Münsterland

Schon weit vor der Bundestagswahl 2005 waren sorgenvolle Stellungnahmen aus der Partei zur Einstellung der CDU zur Sozialen Marktwirtschaft und dem Konservatismus festzustellen. Seit dem Amtsantritt der Großen Koalition werden die Themen immer aktueller und drängen sich verstärkt nach oben. Die Grundsatzprogrammdiskussion der CDU hat ein Übriges getan. Die Debatte über das „C“, über Konservatismus und über die Werte hat noch einmal an Intensität zugenommen.

Der MIT-Bezirksverband Münsterland bekennt sich zum konservativen Leitbild der Union, mit den Prinzipien der Eigenverantwortlichkeit und der Sozialen Marktwirtschaft. Das christliche Menschenbild ist Grundlage unserer Programmaussagen und unseres Handelns. Wir bekennen uns zur Idee der verantworteten Freiheit. Auf diesem geistigen Fundament fußt auch die Soziale Marktwirtschaft. Wir stehen zum Konservatismus als Lebenshaltung. Dies trifft auch für die Wirtschaftspolitik zu. Grundwerte sind Orientierung und Maßstab unseres politischen Tuns. Vor diesem Hintergrund fordern wir den Landesvorstand der CDU NRW auf, ...

- das marktwirtschaftliche Erbe Ludwig Erhards konsequent als Grundsatz der Tagespolitik zu leben und zu bewahren.
- strikt an dem verfassungsgemäßen Grundsatz der Tarifautonomie festzuhalten und zu verhindern, dass der Arbeitsmarkt mit flächendeckenden staatlichen Mindestlöhnen überzogen wird,
- für die Lockerung des Kündigungsschutzes einzutreten
- sich in allen Bereichen für die Senkung der Lohnnebenkosten einzusetzen
- die Staatsausgaben weiterhin zu senken, Schulden zu tilgen und den Landeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren
- mit dafür zu sorgen, dass unser Gesundheitswesen nicht verstaatlicht wird und mittelständische Strukturen erhalten bleiben.

Als Wirtschaftsflügel der Partei bekennen wir uns zur Sozialen Marktwirtschaft und damit zur individuellen Verantwortlichkeit und gesellschaftlichen Verpflichtung des Mittelstandes das Gemeinwohl zu fördern. Die MIT hat die Sorge, dass die Union die bürgerlich und marktwirtschaftlich orientierten Mitglieder



Uwe Kombrink, MIT-Bezirksvorsitzender Münsterland, fordert von der CDU eine klare Ausrichtung ein

und gesellschaftlichen Gruppen, nicht mehr ausreichend an sich binden kann. Der ordnungspolitische Kompass und das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft müssen durch die Union wieder stärker in den Vordergrund ihrer Politik und auch ihrer öffentlichen Darstellung gebracht werden. Das Unterlaufen und die teils offenkundige Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet langfristig auch eine Gefährdung unserer demokratischen, freiheitlichen und sozialen Gesellschaft. Wir betrachten die Demokratie nicht nur als bloße Staatsform; sie entspricht unserer Grundhaltung vom selbstverantwortlichen und selbstbestimmten Individuum. Der Grundsatz Eigenverantwortung vor Staatsfürsorge muss von allen CDU-Politikern stärker in der Tagespolitik praktiziert werden.

MIT Kaarst

Kaminabend mit Lutz Lienenkämper MdL

Seit nunmehr 5 Jahren ist der Kaminabend fester Bestandteil der Veranstaltungen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Kaarst. Dabei kann in geselliger Runde mit den Referenten diskutiert werden und auch für ein persönliches Gespräch bietet sich die Möglichkeit. Beim diesjährigen Kaminabend war Lutz Lienenkämper MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, zu Gast und präsentierte die Halbzeit-

bilanz der schwarz-gelben Regierung. Außerdem ging es um die Wirtschaftspolitik in NRW und was davon konkret in Kaarst ankommt. Des Weiteren waren, anlässlich der Olympiade dieses Jahr in Peking, Dieter Welsink, Vorsitzender des Kreissportbundes und Ludger Baten, Redaktionsleiter der Neuss-Grevenbroicher Zeitung und Vorsitzender der Neuss-Chinesischen Gesellschaft, zu Gast.



Heijo Drießen, Lutz Lienenkämper MdL, Horst Schlüter (Olympiastützpunkt NRW) Dieter Welsink, Lars Christoph (Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes)

MIT Kreis Kleve

Gutes Betriebsklima verhindert schlimme AGG-Folgen

Mit einer Veranstaltung über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) informierte sich die MIT Kreis Kleve über die bisherigen Auswirkungen auf die arbeitsrechtliche Praxis. Vorsitzender Andy Mulder konnte als Referenten den Klever Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht Dr. Peter Albers begrüßen. Albers machte insbesondere deutlich, dass sich die über-



Andy Mulder (rechts) mit dem Referenten Dr. Peter Albers

zogenen Befürchtungen, die im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes geäußert worden waren, als falsch erwiesen haben und die prognostizierte Klagewelle an den Arbeitsgerichten ausgeblieben sei. Gleichwohl gebe das Gesetz betroffenen Arbeitnehmern im Falle von Ungleichbehandlungen am Arbeitsplatz ein Instrumentarium des Beschwerderechts über ein Recht zur Leistungsverweigerung bis hin zu Entschädigungs- und Schadensersatzansprüchen an die Hand. Arbeitgeber müssten ihr eigenes Handeln auf die Erfordernisse des Gesetzes abstimmen und gleichzeitig auf ihre Mitarbeiter einwirken. So wirke das Gesetz vor allem präventiv darauf hin, Ungleichbehandlungen zu vermeiden. Die Tatsache, dass bislang erst vergleichsweise wenige Verfahren vor den Arbeitsgerichten zu entscheiden waren, wertete Albers als Zeichen dafür, dass in den Unternehmen im europäischen Vergleich ein gutes Betriebsklima herrsche und dass die vom Gesetz geforderten präventiven Maßnahmen greifen würden.

**Daten/
Fakten**

Profilvergleich

Wenn Sie Angela Merkel mit Kurt Beck vergleichen:
Wer von beiden...

- Angela Merkel
- Kurt Beck
- Keiner/beide gleich

hat eher das Zeug, Deutschland zu führen



ist durchsetzungsfähiger



ist glaubwürdiger



ist ehrlicher



ist stärker machtorientiert



Quelle: ARD-Deutschlandtrend/
infratest dimap, März 2008

Bei anderen gelesen...

„Mittelstand macht's“ lautete der Kommentar des Journalisten Wolfgang Pott in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung und er nutzte hierzu vielsagende Zahlenbeispiele: „Die deutschen Dax-Konzerne haben im ersten Halbjahr 2007 über 44.000 Stellen abgebaut... Der Mittelstand dagegen produziert Arbeitsplätze im Akkord. 130.000 waren es 2007 alleine in NRW.“

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung



MIT Kreis Düren

Initiative „Save the World Now“

„Save the World Now“ ist eine Initiative internationaler Persönlichkeiten, die Anfang März unter der Schirmherrschaft von Prinz El Hassan bin Talal (Jordanien) in Berlin zum ersten Mal getagt hat. Bei dieser Tagung ging es um einen Global Marshall Plan zum Umweltschutz und zur Wirtschaftsordnung. Die Initiative soll den Weg für einen Prozess der verbesserten und koordinierten Weltwirtschaft zur Erhaltung einer gerechteren Welt bereiten. An dieser Tagung nahmen auch Mitglieder des Club of Rome sowie internationale Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik teil. Und auch zwei Vertreter der MIT im Kreis Düren, Rolf Delhougne und Bernd Ohlemeyer, wirkten mit. Es wurde beschlossen, die Regierungen, die Wissenschaft, die Religionen und Medienwirtschaft für diese Ziele des „Save the World Now“ einzusetzen und die entsprechenden Projekte zu entwickeln.



Von links: Bernd Ohlemeyer, Professor Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien, MIT Kreisvorsitzender Rolf Delhougne und Frithjof Finkbeiner, Präsident der Global Marshall Plan Initiative.

MIT Lohmar

Eine UPS-Nachtschicht am Flughafen



Auch weit nach Mitternacht ist die MIT Lohmar noch wach

UPS (United Parcel Service), der weltweit größte Paket-Service, ließ die MIT Lohmar nachts hinter die Kulissen seines imposanten Frachtflugzentrums am Flughafen Köln/Bonn schauen. Nach für Nacht, ab 23.00 Uhr werden 165.000 Pakete verladen, die von 36 Transportflugzeugen mit einem Ladegewicht bis zu 80 Tonnen in alle Welt befördert werden. Bis zu 2.100 Mitarbeiter, die meisten mit Teilzeitarbeitsverträgen, sind während dieser Zeit im Einsatz. Der Flughafen besitzt eine Rund-um-die-Uhr-Betriebslaubnis. Hauptsächlich in der Nacht wird der Frachtverkehr abgewickelt, um fast alle Sendungen schon am nächsten Tag zustellen zu können. Wer abends bis 21.30 Uhr in Köln ein Paket aufgibt, kann sicher sein, dass es am nächsten Morgen, 8.00 Uhr Ortszeit, beim Empfänger in New York eintrifft. UPS unterhält in der Wahner Heide sein Europe Air Hub CGN, das Europa-Drehkreuz Köln. Aus allen Winkeln Europas werden Pakete angeliefert und anschließend mit Hilfe eines elektronischen Mega-Systems sortiert und in die abflugbereiten Maschinen verladen. Über die positive Entwicklung des Köln/Bonn Airports Konrad Adenauer im Allgemeinen informierte der Technische Flughafendirektor Wolfgang Klapdor die Mittelständler aus der Flughafen-Anrainerstadt. In diesem Jahr erwartet der Flughafen erstmals mehr als 10 Millionen Fluggäste.

MIT Velbert

„Ökologie und Marktwirtschaft“ mit Jean Pütz

Beim traditionellen Jahresempfang der MIT Velbert konnte der MIT-Vorsitzende, Jochen Pfeifer, mehr als 120 Gäste in der Lobby des Parkhotels begrüßen. Darunter so hochrangige Gäste wie den japanischen und der amerikanischen Generalkonsul, führende Vertreter aus Politik und Wirtschaft und aus Kultur und Bildung. Natürlich fehlten auch die Verwaltungschefs der Städte Heiligenhaus und Velbert, der Kreisvorsitzende der MIT und die Vertreter der JU nicht. Der Festredner des Abends, der bekannte Wissenschaftsjournalist Jean Pütz, referierte launig und kompetent zum Thema „Ökologie und Marktwirtschaft“. Lang anhaltender Applaus verdeutlichte die Zustimmung zu den Thesen, Gedanken und Anstößen die Jean Pütz den Anwesenden gab. In seinem Vortrag ging Pütz auch auf die aktuelle Wirtschaftslage, die Schließung des NOKIA-Werkes in Bochum und auf die Verantwortung der Wirtschaftsvertreter ein. Dabei betonte er, dass gerade der Mittelstand der Motor der Wirtschaft ist, der Steuerzahler der Republik und die Mittelständler noch verantwortlich mit ihrem Mitarbeitern und deren Arbeitsplätzen umgehen. Pütz selbst bezeichnet sich selbst zwar nicht als parteipolitisch gebunden, jedoch als ein Realist in Wirtschaftsdingen, der Ökologie und Marktwirtschaft nicht als Gegenpole sieht, sondern eher als Verbündete. Der Tenor der Gäste war dann auch deutlich: Jean Pütz könnten wir öfters zuhören.



Jean Pütz bei der MIT Velbert

Der ehrbare Kaufmann



Hartmut Schauerte MdB Die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft ist einigen Belastungsproben ausgesetzt. Ihre Zustimmung in der Bevölkerung geht weiter zurück. Dieser besorgniserregende Befund hat viele Ursachen. Dazu zählen die meist als Bedrohung empfundenen Herausforderungen und Anpassungsnotwendigkeiten der Globalisierung, obwohl gerade Deutschland als Exportweltmeister Gewinner weltweiter ökonomischer Vernetzung ist.

Mehr noch bewegt die Gemüter, wenn Großkonzerne die Mitteilung von Rekord-Gewinnen und Spitzenkursen mit der Ankündigung von Massenentlassungen oder Betriebsschließungen verbinden. Nokia ist ein Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Weil Subventionen flossen, hat dieser Fall besonders erregt. Betriebswirtschaftlich können selbst solche umstrittenen Entscheidungen sinnvoll und volkswirtschaftlich Ausdruck eines normalen Struktur-

wandels sein. Für die Betroffenen sind es schwere Schicksalsschläge. Sie führen auch deshalb zu so hitzigen Debatten, weil die Entlassenen bei uns zu oft zu Problemgruppen des Arbeitsmarktes werden. Denn der ist verkrustet, inflexibel und undurchlässig. Unser Kündigungsrecht schützt Insider und bestraft Outsider. Besonderen Schaden für das Vertrauen in eine Wirtschaftsordnung erzeugt in einer Mediengesellschaft das Versagen prominenter Führungseliten aus den Chefetagen – übrigens auch der Gewerkschaften und Betriebsräte –, sei es durch Fehlspekulationen, Selbstbedienung bei Abfindungen oder gar private Steuerhinterziehung. Diesem Fehlverhalten Einzelner stehen aber Hunderttausende gegenüber, die ihrer Vorbildfunktion bravourös gerecht werden, insbesondere im Mittelstand.

Was ist also zu tun? Wichtig ist, dass der Satz „Wenn es meinem Unternehmen gut geht, geht es auch mir gut!“ seine Bedeutung nicht verliert. Alle sind dabei gefordert. Arbeitgeber, indem sie eine echte Beteiligungskultur pflegen. Arbeitnehmer, indem sie sich durch le-

benslanges Lernen berufliche Zukunftschancen schaffen. Auch die Politik kann helfen. Durch ein modernes Arbeitsrecht nach dem Prinzip der Flexicurity. Und durch attraktive Standortbedingungen, damit dort, wo Altes verschwindet, auch Neues an seine Stelle tritt. Und damit wenige schwarze Schafe das ganze Unternehmertum nicht in Verruf bringen, ist vor allen Dingen der Berufsstand selbst gefordert.

Ein lohnenswertes Unterfangen wäre auch, die Haftungssituation angestellter Manager ein Stück an die des Eigentümer-Mittelstands anzunähern. Die MIT NRW hat dazu schon vor Jahren interessante Vorschläge entwickelt. Denn wer für unternehmerische Entscheidungen persönlich haftet und an das Schicksal der Firma auch seine private Existenz knüpft, handelt weit-sichtiger. Der ehrbare Kaufmann hat eine lange Tradition in Deutschland und die Soziale Marktwirtschaft nur mit ihm eine rosige Zukunft. „Mein Sohn, sei mit Lust bei den Geschäften, aber mache nur solche, dass wir bei Nacht ruhig schlafen können“ schrieb schon Thomas Mann in den „Buddenbrocks“.

Neues aus dem PKM im Bundestag:

GmbH bekommt kleine Schwester „Unternehmergesellschaft“

Der Bundestag schließt in Kürze die parlamentarischen Beratungen zur Reform des GmbH-Rechts ab. Mit der Novelle soll die beliebteste Rechtsform in Deutschland durch Flexibilisierung und Deregulierung fit für das 21. Jahrhundert gemacht werden. Um Existenzgründern und Kleingewerbetreibenden mit geringem Eigenkapitalbedarf wie beispielsweise im Dienstleistungssektor eine interessante Alternative zu bieten, wird der GmbH künftig eine „kleine Schwester“ an die Seite gestellt. Diese „Unternehmergesellschaft“ wurde vom Rechtspolitischen Sprecher der Unionsbundestagsfraktion und PKM-Mitglied Dr. Jürgen Gehb MdB entwickelt und kann bereits mit einem Kapitaleinsatz von einem symbolischen Euro in kürzester Zeit gegründet werden. Jedes Jahr ist dann ein Viertel des Gewinns als Rückstellung zu bilanzieren und so Stück für Stück Eigenkapital aufzubauen. Wird die Mindeststammkapital-Schwelle der GmbH erreicht, kann – muss aber nicht – zu ihr umgewandelt werden. Damit wird der britischen „Limited“ als bisherigem Marktführer in diesem Segment Paroli geboten mit einer attraktiven Lösung innerhalb der vertrauten Rechtsordnung.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher, Julia Lüdecke

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf